

Neujahrsempfang der Universitätsstadt Tübingen
Freitag, 16. Januar 2026

Neujahrsrede von Oberbürgermeister Boris Palmer
Es gilt das gesprochene Wort.

Begrüßung

Laudationen und Verleihung der Hölderlin- und der Uhland-Plakette

Liebe Tübingerinnen und Tübinger,

am Ende der größten Katastrophe des 20. Jahrhunderts schrieb der österreichische Schriftsteller Alexander Sacher-Masoch – Sie kennen den Begriff „Masochismus“, der auf seinen Großvater Leopold zurückgeht – in einem Brief an seine Eltern: „Unsere Kinder sollen es besser haben, wir wollen alles dazu tun, was wir können.“

Kaum ein Gedanke hat die deutsche Nachkriegsgeschichte so geprägt wie dieser. Er steht für die Erfahrung von Mangel, Zerstörung und Unsicherheit nach 1945 und für den festen Willen, aus eigener Anstrengung eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Seitdem ist dieser Satz zu einem stillen Leitmotiv geworden – für Familien, für Politik, für unser Verständnis von Verantwortung. Er erinnert uns daran, dass Fortschritt nicht selbstverständlich ist, sondern Ergebnis von Entscheidungen, die über die eigene Gegenwart hinausreichen.

Dieses Versprechen war der Gesellschaftsvertrag dieses Landes. Generationen haben dafür gearbeitet, gespart, verzichtet. Sie haben Straßen gebaut, Unternehmen gegründet, Schulen errichtet und einen Sozialstaat aufgebaut – im festen Glauben daran, dass sich Leistung lohnt und Fortschritt erreichbar ist. Doch wie ist das heute? Glauben Sie daran, dass Ihre Kinder es besser haben werden?

Ich fürchte, wir müssen uns eingestehen: Dieses Versprechen trägt nicht mehr. Das westdeutsche Entwicklungsmodell, das mit den Begriffen „Wirtschaftswunder“ und „Exportweltmeister“ am besten beschrieben ist, kommt plötzlich an sein Ende. Billiges Gas aus Russland, kostenlose Verteidigung durch Amerika, Autoexporte nach China – diese Eckpfeiler unserer Wirtschaft brechen weg. Dazu kommen hausgemachte Probleme.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass der ökonomische Abstieg unseres Landes bereits begonnen hat: still, aber messbar. Eine derart verstörende Aussage sollte man, zumal als Oberbürgermeister, nicht leichtfertig machen. Ich glaube aber, dass wir diesen Verlust an Leistungskraft nicht mehr ignorieren dürfen und möchte Ihnen mit Daten und Fakten beschreiben, woran ich das festmache.

Demografischer Wandel

Die bedeutendste und bereits sechs Jahrzehnte laufende Veränderung unseres Landes ist der demografische Wandel. Erfreulich daran ist, dass wir im Schnitt länger leben. Doch das ist auch eine finanzielle Realität. Während die Dauer des Rentenbezugs in den 1960er-Jahren noch bei zehn Jahren lag, hat sie sich mittlerweile auf 20 Jahre verdoppelt. Das finanzielle Problem multipliziert sich, weil sich die Zahl der Neugeborenen in Deutschland seit 1963 fast halbiert hat. Nach Corona ist nochmals ein Rückgang um zehn Prozent eingetreten.

Im Ergebnis verändert sich die Relation der Beitragszahler zu den Rentnern dramatisch: In den 60er-Jahren konnten sich sechs Berufstätige die Finanzierung einer Rente teilen. Im Jahr 2030 werden das nur noch 1,5 aktive Beschäftigte sein. Die relative finanzielle Belastung hat sich also vervierfacht! Kein Wunder ist der größte Posten im Bundeshaushalt mit über 120 Milliarden Euro die Rente. Die politischen Beschlüsse des letzten Dezembers verschärfen die Situation weiter. Der Beitragssatz wird in nur vier Jahren von 18,6 Prozent auf 20 Prozent ansteigen.

Eine ältere Bevölkerung benötigt auch immer mehr medizinische Leistungen. Die Zeitungen sind derzeit voll von steigenden Zusatzbeiträgen der Krankenkassen. Der Gesamtbeitrag steigt auf 17 Prozent. Und die Pflegekassen müssen vom Bund vor der Pleite bewahrt werden, obwohl sie auch schon drei Prozent benötigen. Die Arbeitslosenversicherung liegt noch bei 2,4 Prozent, aber die Arbeitslosigkeit ist im Jahresvergleich schon um 100.000 Menschen gewachsen. Die Summe der Sozialversicherungsbeiträge betrug 2020 noch 38 Prozent und wird aus den genannten Gründen bis 2030 auf 43 Prozent ansteigen. In einer schweren wirtschaftlichen Krise treibt die Politik also die Lohnnebenkosten um mehr als zehn Prozent nach oben.

Krise der Industrie

In den 2010er-Jahren hat ein stetiges Wachstum an Beschäftigung die demografischen Probleme überdeckt. Doch damit ist es nun leider vorbei. Die Industrie in Deutschland und ganz besonders in Baden-Württemberg befindet sich seit 2020 im Niedergang. Was als Corona-Effekt begann, hat sich wie bei den Geburtenzahlen zu einem dauerhaften Rückgang entwickelt. Der Produktionsindex der Südwest-Industrie liegt seither rund zehn Prozent unter dem Niveau von 2019. Besonders betroffen sind ausgerechnet die stärksten Branchen im Land: die Automobilindustrie, der Maschinenbau sowie die Metall- und Elektroindustrie.

Die Folgen zeigen sich deutlich bei der Beschäftigung: Im verarbeitenden Gewerbe sind in Baden-Württemberg seit 2020 zehntausende Industriearbeitsplätze verlorengegangen. Das wiegt besonders schwer, weil die Industrie im Südwesten rund 30 Prozent der gesamten Wertschöpfung erbringt und überdurchschnittlich viele gut bezahlte Arbeitsplätze bereitstellt.

Parallel dazu ziehen sich Unternehmen investiv zurück. Investitionen fließen seit 2020 verstärkt dorthin, wo Energie günstiger ist, Verfahren schneller sind und mehr gearbeitet wird. Das ist kein konjunktureller Dämpfer. Das ist ein struktureller Verlust an industrieller Substanz. Ohne Industrie kein Wohlstand. Und ohne Wachstum kein tragfähiger Sozialstaat.

Auf eine solche Entwicklung könnte und müsste die Politik mit Gegenmaßnahmen bei Investitionen, Wirtschaftsförderung und Bildung reagieren. Die Analyse des Staatshaushaltes zeigt leider das Gegenteil:

Investitionskrise und Sozialstaatsausbau

Die Sozialausgaben stiegen von rund 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2010 auf heute etwa 30 Prozent des BIP, also etwa um ein Fünftel. Die staatlichen Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung, Verwaltung und Digitalisierung sind dagegen nicht gewachsen und lagen mit ungefähr 2,5 Prozent des BIP fast ein Viertel unter dem Durchschnitt der OECD-Länder. Wir haben auf Kosten der Substanz gelebt.

Den messbaren Investitionsrückstand des Staates sieht man besonders deutlich auf der kommunalen Ebene. Nach dem aktuellen Kommunalpanel der Kreditanstalt für Wiederaufbau liegt der Investitionsstau bei 216 Milliarden Euro. Allein bei den Schulgebäuden sind es 68 Milliarden Euro, 53 Milliarden Euro betreffen Straßen, Brücken und Verkehrsinfrastruktur.

Lähmende Bürokratie

Gleichzeitig ist der bürokratische Aufwand immer weiter gewachsen. Allein die Zahl der Bauvorschriften hat sich seit dem Jahr 2000 vervierfacht. Für den Datenschutz wurden in jedem Bundesland eigenständige Sonderbehörden gegründet. Zusammen sind diese Datenschutzbehörden vier Mal so groß wie das französische Pendant. Aktuelle Schätzungen beziffern die jährlichen Bürokratie- und Erfüllungskosten für die deutsche Wirtschaft auf rund 60 bis 70 Milliarden Euro. Hinzu kommen erhebliche Produktivitätsverluste durch Verzögerungen und Komplexität. Und das alles trägt nichts zur Wertschöpfung bei.

Bildungsmisere

Was könnte die kommende Generation befähigen, all diese Probleme zu meistern? Der frühere Ministerpräsident Erwin Teufel hat es oft so formuliert: „Baden-Württemberg ist ein rohstoffarmes Land. Unser wichtigster Rohstoff ist die Bildung.“ Zu seiner Zeit war unser Bildungssystem noch Spitze. Seither zeigen alle Trends scharf nach unten. Das belegen die wichtigsten internationalen Vergleichsstudien.

Seit 2012 haben die 15-Jährigen in der Lesekompetenz etwa acht Schulmonate verloren. In Punkten ausgedrückt sank Durchschnittswert in der PISA-Studie von 508 im Jahr 2012 über 498 im Jahr 2018 auf 480 Punkte im Jahr 2022. Ein vergleichbarer Trend zeigt sich bereits in der Grundschule. Die von der IGLU-Studie ermittelte Lesekompetenz von Viertklässlerinnen und Viertklässlern zeigt einen

Verlust von fast einem halben Schuljahr: 2016 wurden 537 Punkte erreicht und bis 2021 sank der Wert auf 520 Punkte. Damit entstehen messbare Kompetenzverluste bereits am Anfang der Bildungslaufbahn. Besonders schlimm ist der Rückgang in der Mathematik. Hier sank der Durchschnittswert bei PISA von 514 Punkten im Jahr 2012 auf 475 Punkte im Jahr 2022. Der Verlust von 39 Punkten entspricht ungefähr einem ganzen Schuljahr.

Neben den Durchschnittswerten ist die Leistungsverteilung entscheidend. Die Daten zeigen, dass über ein Viertel der Jugendlichen das Mindestniveau nicht mehr erreicht. Dieses Mindestniveau beschreibt grundlegende Fähigkeiten im Lesen und Rechnen, die Voraussetzung für schulische Anschlussfähigkeit und selbstständiges Lernen sind. Die Daten weisen auf einen langfristigen, breiten und substanziellen Kompetenzverlust hin. In zentralen Bereichen entspricht dieser Verlust bis zu einem ganzen Schuljahr Lernzeit. Und wieder zeigt sich: Was zunächst wie eine Corona-Delle aussah, ist zu einem dauerhaften Abstieg geworden.

Wenn das alles so ist, müssen wir uns auf einen Abstieg unseres Landes einstellen und Erwartungen an die Leistungsfähigkeit des Gemeinwesens nach unten anpassen. Das wird schwierig. Daher sollten wir uns nicht einfach damit abfinden, nach unten durchgereicht zu werden. Wenn wir nicht mehr in der Champions League spielen können, sollten wir wenigstens um einen Platz in der Europa League kämpfen.

Die Entscheidungen, die wir dafür treffen müssten, könnte ich leicht beschreiben: Wir müssten wieder mehr arbeiten, wenigstens so viele Arbeitsstunden pro Kopf wie in der Schweiz. Wir müssten am ersten Krankheitstag die Lohnfortzahlung streichen, um das Krankfeiern auf Kosten der Pflichtbewussten zu unterbinden. Wir sollten Migration ganz klar auf den Arbeitsmarkt und weg von den Transfersystemen ausrichten. Wir könnten die Rente mit 63 und die Mütterrente abschaffen, um die Belastung der erwerbstätigen Generation zu verringern. Wir könnten auf die Hälfte aller Vorschriften und den Landesdatenschutzbeauftragten ersatzlos verzichten. An der Wirksamkeit solcher Maßnahmen kann man nicht ernsthaft zweifeln. Aber sobald es konkret wird, ist alles so umstritten, dass derzeit nichts davon in Aussicht steht.

Was also tun? Wenn wir uns doch einig sind, dass so vieles in unserem Land nicht mehr funktioniert, würde ich vorschlagen, dass wir in Zukunft immer zuerst fragen: Was löst ein Problem? Erst an zweiter Stelle sollte die Frage kommen, ob die Lösung auch zu den eigenen Grundüberzeugungen, Weltanschauungen oder Parteiprogrammen passt. Und wenn man feststellt, dass eine Lösung zwar den eigenen Vorstellungen entspricht, nicht aber denen anderer Denkschulen, dann sollte man von Anfang an auf einen Kompromiss hinarbeiten – und gerade solche Lösungen einbeziehen, die man selbst eigentlich ablehnt.

Deklinieren wir das einmal am Beispiel des Rentenstreits in der Koalition am Ende des letzten Jahres durch. Der Kern des Problems ist klar: Die Belastung der jüngeren Generation ist zu hoch und auf Dauer nicht tragbar. Darüber besteht weitgehend Einigkeit. Über den Weg dorthin jedoch nicht. Die einen sagen, das Beitragsniveau lasse sich nur stabilisieren, wenn der Anstieg der Renten begrenzt wird. Andere lehnen das ab, weil sie soziale Härten befürchten. Von links kommt die Auffassung, man müsse nur die Reichen stärker besteuern, dann ließe sich das Problem lösen.

Richtig ist: Alles, was zur Finanzierung der Rente beiträgt und nicht allein von der Arbeit der Erwerbstätigen getragen werden muss, ist Teil einer Lösung. Ein tragfähiger Kompromiss kann deshalb darin bestehen, den Rentenanstieg zu dämpfen und gleichzeitig Vermögen und Erbschaften stärker zu besteuern. Weniger Ausgaben und mehr Einnahmen! So werden widersprüchliche Positionen zusammengeführt – und das Problem tatsächlich gelöst. Dieser Gedanke lässt sich auf viele gesellschaftliche Streitfragen übertragen:

- Die einen fordern konsequente Strafverfolgung von Intensivtätern, die anderen mehr Prävention in sozialen Brennpunkten. Zur Stärkung der inneren Sicherheit braucht es beides.
- Die einen wollen Eigenverantwortung im Gesundheitssystem stärken, die anderen den solidarischen Ausgleich ausbauen. Für eine stabile Versorgung ist beides notwendig.
- Die einen setzen auf private Bauträger, die anderen auf kommunalen Wohnungsbau. Zur Entspannung des Wohnungsmarktes trägt beides bei.
- Die einen wollen strengere Regeln für Sozialleistungen, die anderen eine bessere Förderung für den Wiedereinstieg in Arbeit. Zur Verringerung von Armut braucht es beides.
- Die einen fordern klare Leistungsanforderungen in der Schule, die anderen mehr individuelle Förderung. Für bessere Bildungsergebnisse ist beides notwendig.
- Die einen wollen konsequente Rückführungen bei abgelehnten Asylbewerbern, die anderen ein schnelleres Bleiberecht für Arbeitskräfte. Zur Ordnung der Migration gehört beides.

Dieses Prinzip lässt sich auch auf die Kommunalpolitik in Tübingen anwenden. Ein anschauliches Beispiel ist die Konsolidierung des städtischen Haushalts. Die Ausgangslage war geprägt von stark divergierenden Positionen: Manche lehnten Steuererhöhungen jeder Art ab. Einige vertraten die Auffassung, Kindergartengebühren müssten eher abgeschafft als erhöht werden. Andere wollten Einschnitte bei der Förderung von Kultur und sozialen Initiativen auf keinen Fall mittragen. Und wieder andere verlangten, das städtische Personal nicht weiter zu belasten.

Jede dieser Positionen war für sich genommen legitim und nachvollziehbar. Sie spiegelten reale Interessen, Sorgen und Wertvorstellungen wider, die in einer Stadtgesellschaft vorhanden sind. In ihrer Gesamtheit würden sie jedoch zu einer politischen Blockade führen.

Die Lösung lag nicht darin, einzelne Bedenken auszublenden, sondern sie im Gesamturteil ernst zu nehmen und gegeneinander abzuwägen. Am Ende stand ein Kompromiss, in dem alle genannten Maßnahmen in angemessenen Teilen umgesetzt wurden: Ausgaben wurden überprüft und priorisiert, Belastungen verteilt und zugleich klare Schutzlinien eingezogen. Keine Seite bekam alles, was sie wollte – aber jede trug einen Teil der Verantwortung.

Entscheidend war dabei die Bereitschaft von Gemeinderatsmitgliedern, über den eigenen Schatten zu springen und auch Maßnahmen mitzutragen, die sie grundsätzlich kritisch sahen. Nicht das Beharren auf Maximalpositionen, sondern der Wille, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen, machte es möglich, die Haushaltsnotlage zu bewältigen.

Die anhaltende Kritik an höheren Gebühren für das Parken oder die Kinderbetreuung und an der Grundsteuererhöhung ist verständlich und legitim. Ich bitte allerdings darum, sie im Kontext der gesamten Haushaltslage zu betrachten und die Frage der fairen Lastenverteilung mitzudenken. Haushaltskonsolidierung gelingt nur, wenn nicht einzelne Gruppen vollständig geschont werden, sondern alle – in zumutbarem und begrenztem Umfang – ihren Beitrag leisten. Nur so bleibt die Stadt handlungsfähig und kann auch künftig in das investieren, was für Tübingen wichtig ist.

Meine Begeisterung für Tübinger Spitzenleistungen wird erfahrungsgemäß nicht von allen hier im Saal im gleichen Maß geteilt. Nach so viel schwerer Kost könnte ich mir aber vorstellen, dass Ihr Bedürfnis, davon zu hören, wieder etwas gewachsen ist. Also:

- Gestern hat der größte Bio-Supermarkt Deutschlands in Tübingen seine Tore eröffnet und schon am ersten Tag waren dort doppelt so viele Menschen einkaufen wie heute hier im Saal sind.
- Nach zehn Jahren Rekordinvestitionen in Radbrücken, blaue Bänder und Fahrrad-Garagen hat uns der ADFC zur fahrradfreundlichsten deutschen Stadt über 50.000 Einwohner erklärt. Wir liegen damit vor den früher führenden Städten Münster, Freiburg und Karlsruhe.
- Das Deutschlandticket ist in Tübingen günstiger als im Rest von Deutschland und der TüBus transportiert auch deswegen 20 Prozent mehr Fahrgäste als vor der Pandemie.
- Mit der Inbetriebnahme des Windparks in Sonnenbühl in wenigen Monaten überschreiten die Stadtwerke die Marke von 90 Prozent erneuerbarer Energie am Stromverbrauch in ganz Tübingen, und nächstes Jahr werden sie die Vollversorgung mit grünem Strom erreichen.
- Das Land investiert weit mehr als eine halbe Milliarde Euro in den Campus für künstliche Intelligenz und die Erweiterung des Uniklinikums. Unsere Universität hat mehr Exzellenzcluster als jede andere in Deutschland.
- In der aktuellen Vergaberunde für Kita-Plätze konnten wir wieder allen Kindern einen Platz anbieten und die Tübinger Kitas stellen mit denen in Heidelberg das bestausgebaute Angebot im Land.
- Tübingen wurde erneut als barrierefreie Kommune in Baden-Württemberg ausgezeichnet, und unser Bündnis für Familie erhielt eine bundesweite Anerkennung für wirksame Prävention gegen Kinderarmut.

- Tübingen ist Vorreiter im Bau von Betriebswohnungen. Am Hechinger Eck und in der Eugenstraße baut die Stadt 75 bezahlbare Apartments für Erzieherinnen, Pflegekräfte und andere Berufsgruppen, die wir als Gesellschaft dringend brauchen. In der Marienburger Straße planen zwölf Tübinger Unternehmen ein Haus für 70 Beschäftigte, und das Klinikum hat am Breiten Weg sogar 500 neue Wohnungen gebaut.
- Im Baugesetzbuch gibt es einen neuen Paragraphen 246e, der besagt: Wenn die Stadt es will und damit Wohnraum entsteht, kann man auf alle 245 vorausgehenden Paragraphen pfeifen. Das ist genau nach meinem Geschmack. Tübingen ist die erste Stadt, die dazu bereits eine entsprechende Satzung erlassen hat und sofort mit dem Genehmigen loslegen will.

Diese Liste der Tübinger Spitzenpositionen ließe sich lange fortsetzen. Wir leben in einer der stärksten Volkswirtschaften der Welt, mitten im friedlichen Teil Europas, in einer der schönsten Städte dieses Landes. Auch wenn andere aufholen oder uns in einzelnen Bereichen überholen: Fortschritt findet weiter statt. Technologisch, wissenschaftlich, gesellschaftlich. Und selbst wenn wir relativ etwas zurückfallen, kann das Leben unserer Kinder besser sein als unseres – wenn wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, Probleme ehrlich zu benennen und Lösungen nicht an Ideologien scheitern zu lassen.

Genau darum geht es: nicht um Resignation, sondern um Erneuerung. Nicht um das Festhalten an Gewissheiten von gestern, sondern um die Bereitschaft, gemeinsam neue Wege zu gehen. Wenn uns das gelingt, dann kann der Satz, der unsere Nachkriegsgeschichte geprägt hat, auch in Zukunft gelten: Unsere Kinder sollen es besser haben – und wir tun alles, was wir können.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Jahr 2026 – in einer Stadt, die zusammenhält, und in einem Land, das funktioniert und die Kraft hat, sich zu erneuern.